

Einbürgerungsreglement der Einwohnergemeinde Brislach

vom 7. Juni 2000

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Brislach erlässt, gestützt auf § 26 Absatz 1 des Bürgerrechtsgesetzes vom 21. Januar 1993, folgendes Einbürgerungsreglement:

A. Geltungsbereich

§ 1

Grundsatz

¹ Dieses Reglement gilt für Einbürgerungen in der Gemeinde Brislach.

² Die eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsbestimmungen bleiben vorbehalten.

B. Voraussetzungen zur Einbürgerung

§ 2

Wohnsitz

¹ Die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht setzt eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuches voraus:

- a) Bei Schweizer Bürgern und Bürgerinnen von 3 Jahren
- b) Bei ausländischen Staatsangehörigen von 5 Jahren.

² Stellen ausländische Ehegatten gemeinsam ein Gesuch und erfüllt der eine die Voraussetzung von Abs. 1 Bst. b), so genügt für den anderen eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuches von 3 Jahren, sofern er seit 3 Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem anderen Ehegatten lebt.

³ Die Fristen von Abs. 2 gelten auch für die Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Ehegatte bereits das Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung erworben hat.

⁴ Aus achtenswerten Gründen kann vom Erfordernis des Wohnsitzes oder einer bestimmten Wohnsitzdauer abgesehen werden.

§ 3

Eignung

Die Aufnahme einer Person ausländischer Staatsangehörigkeit in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass sie:

- a) in die kommunalen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist
- b) mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist
- c) die schweizerische Demokratie bejaht.

§ 4

Leumund

Die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass der Bewerber oder die Bewerberin:

- a) einen guten Leumund besitzt
- b) den privaten und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen nachkommt.

C. Anspruch auf Einbürgerung

§ 5

Anspruch

Ein Anspruch auf Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht besteht, sofern die Voraussetzungen dieses Reglementes erfüllt sind, für

- a) Schweizer Bürger und Bürgerinnen, deren Stamm seit 30 Jahren in der Gemeinde ansässig ist
- b) den ausländischen Ehegatten einer Person, die das Schweizer Bürgerrecht bereits alleine durch Einbürgerung in der Gemeinde Brislach erworben hat.

D. Verleihung des Ehrenbürgerrechts

§ 6

Voraussetzung

¹ Die Einwohnergemeinde-Versammlung kann Personen, die sich um das Gemeinwesen besonders verdient gemacht haben, auf Antrag des Gemeinderates das Ehrenbürgerrecht verleihen.

² Das Ehrenbürgerrecht kann auch einer Person, die das Gemeindebürgerrecht von Brislach bereits besitzt, verliehen werden.

³ Das Ehrenbürgerrecht wird unentgeltlich verliehen.

E. Verfahren

§ 7

Gesuchseinreichung

Gesuche um Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht sind beim Gemeinderat schriftlich einzureichen. Bei ausländischen Staatsangehörigen setzt die Gesuchseinreichung die Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung voraus.

§ 8

Prüfung der Voraussetzungen

¹ Der Gemeinderat prüft, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht erfüllt sind. Bei ausländischen Staatsangehörigen klärt er deren Eignung zum Erwerb des Kantons- und Gemeindebürgerrechts ab.

² Der Gemeinderat leitet das Gesuch innert 6 Wochen seit dessen Einreichung an die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung weiter.

³ Anträge auf Ablehnung sind zu begründen. Dem Bewerber oder der Bewerberin ist diese Begründung mitzuteilen.

§ 9**Abstimmung**

Liegt die Bewilligung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zur Bewerbung um das Gemeindebürgerrecht vor, unterbreitet der Gemeinderat das Gesuch um Einbürgerung innert 6 Monaten seit der Erteilung der Bewilligung der Einwohnergemeinde-Versammlung mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung sowie auf Festsetzung der Gebühr.

§ 10**Abstimmungsprotokoll**

¹ Der Gemeinderat hat das Abstimmungsprotokoll innert 30 Tagen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zu übermitteln und die Höhe sowie die Bezahlung der Gebühr bekanntzugeben.

² Der Gemeinderat teilt die rechtswirksamen Einbürgerungen der Einwohnergemeinde-Versammlung mit.

F. Gebühren**§ 11****Schweizer Bürger und Bürgerinnen**

¹ Die Gebühr für die Aufnahme von Schweizer Bürgern und Bürgerinnen in das Gemeindebürgerrecht bemisst sich nach dem Verwaltungsaufwand. Sie beträgt unter Vorbehalt von Abs. 2 im Maximum Fr. 1'000.--. Bei gemeinsamer Einbürgerung von Ehegatten und/oder bei Einbezug von unmündigen Kindern erhöhen sich die Gebühren nicht.

² Die Gebühr beträgt im Maximum Fr. 200.-- für:

- a) Einbürgerungen gemäss § 5 Bst. a)
- b) Wiedereinbürgerungen von Gemeindebürgerinnen, die durch Heirat das angestammte Bürgerrecht verloren haben.

§ 12**Ausländische Staatsangehörige**

Die Gebühr für die Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen in das Gemeindebürgerrecht ist nach den persönlichen und finanziellen Verhältnissen abzustufen. Sie beträgt für:

- a) Mündige und Ehegatten, die gemeinsam eingebürgert werden, im Minimum Fr. 500.--, im Maximum ein Zwölftel des gesamten steuerbaren Jahreseinkommens
- b) Unmündige, die selbständig eingebürgert werden, im Maximum Fr. 500.--.

Bei Einbezug unmündiger Kinder in die Einbürgerung ihrer Eltern erhöht sich die Gebühr nicht.

§ 13**Gebührenberechnung**

¹ Für die Berechnung der Gebühren ist der Zeitpunkt der Antragstellung des Gemeinderates an die Einwohnergemeindeversammlung massgebend.

² Die Angaben über die finanziellen Verhältnisse des Bewerbers oder der Bewerberin sind vertraulich. Sie sind nur durch den Gemeinderat und die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission zwecks Überprüfung der Gebührenrechnung einsehbar.

§ 14**Gebührenhinterlegung**

Der Bewerber oder die Bewerberin hat 2 Wochen vor der Abstimmung in der Einwohnergemeinde-Versammlung die vom Gemeinderat beantragte Gebühr bei der Gemeindeverwaltung zu hinterlegen.

§ 15**Gebührenerlass**

Die Gebühren können beim Vorliegen besonderer Gründe oder eines finanziellen Härtefalles ganz oder teilweise erlassen werden. Entsprechende Anträge sind auf die Traktandenliste der Einwohnergemeinde-Versammlung zu setzen.

G. Schlussbestimmungen

§ 16

Aufhebung bisherigen Rechts

Das Einbürgerungsreglement der Bürgergemeinde Brislach vom 17. Januar 1994 wird aufgehoben.

§ 17

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion in Kraft.

Namens der Einwohnergemeinde-Versammlung

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

R. Bürki

W. Buchwalder

Beschlossen durch die Einwohnergemeinde-Versammlung vom 7. Juni 2000.

Genehmigt von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion am 20. Juli 2000.